

## Wirtschaftskrise und Protest

Wirtschaftskrisen waren selten Auslöser gesellschaftlicher Umbrüche. Dies ist in der gegenwärtigen Krise nicht anders, auch wenn es eine Krise von bisher einmaliger, fast globaler Reichweite ist. Die Krise verändert kaum das Bewusstsein, nicht einmal bei den direkt Betroffenen.

Krisenbedingte wirtschaftliche Rückschläge werden zumeist als eher private Angelegenheiten hingenommen, wie Naturereignisse fast, deren Unvorhersehbarkeit und Unvermeidbarkeit ausgemacht scheinen. In Wirtschaftskrisen sind zudem die Betroffenen mehr noch als zuvor mit eigenen Problemen beschäftigt, und wem es in der Krise schlechter geht, der will es anderen möglichst nicht zeigen. Die Krise erzeugt daher eher Individualisierung als Solidarisierung.

Für die Erwartung, die Wirtschaftskrise werde das politische Bewusstsein verändern, sie werde alten politischen Loyalitäten den Boden entziehen und womöglich eine neue Protestkultur begründen, gibt es daher wenig Grund. Die vereinzelt vorgebrachte Vermutung beispielsweise, populistische Parteien wie Die Linke oder Protestorganisationen wie Attac hätten in der Krise eine historische Chance vertan, geht daher an der gesellschaftlichen Realität vorbei. Je konkreter die Krise, desto offenkundiger wird zudem, dass auch populistische Protestler kein wirksames Rezept gegen die Krise haben. Es gibt nicht die Parteien oder die Politiker, die glaubhaft

versichern könnten, dass sie die Krise verhindert hätten. Unter diesen Umständen zeugt es nur von einem Mindestmaß an politischer Reife, wenn die Wirtschaftskrise Protestbewegungen keinen politischen Machtgewinn beschert. Damit bleiben die meisten Bürger allerdings auf der Seite derer, die diese Krise mitverschuldet haben.

Eine Wirtschaftskrise ist kein Naturereignis, wie schicksalhaft sie auch immer erscheinen mag. Wirtschaftskrisen sind menschengemacht. Sie beruhen auf der Krisenanfälligkeit von Märkten und mehr noch darauf, dass die Politik kein Gegenmittel gegen diese Krisenanfälligkeit findet. Solange die Bürger aber niemanden haben, auf den sie in Sachen Krisenvorbeugung zählen könnten, so lange haben sie auch niemanden, dem sie sich wegen einer Krise politisch verweigern sollten. Politiker und Parteien, die Mitschuld an der Krise tragen, können durch die Krise sogar an Rückhalt gewinnen. Sie müssen nur im Nachhinein entschlossen genug auftreten, um sich als tatkräftige Krisenmanager zu profilieren.

Wenn die Bürger wüssten, wer wirklich über hohe Krisenvorbeugungs- und Krisenbewältigungskompetenz verfügt, wäre natürlich alles ganz anders. Dann könnten sie sich ein Bild davon machen, wem politische Verantwortung hierfür zu entziehen und wem sie zu übertragen wäre. Solche Klarheit ist aber nicht absehbar. Noch werden stattdessen politische Alternativen in verlockend einfa-

---

chen Schemata gedacht, im alten Rechts-Links-Schema beispielsweise oder im Schema des politischen Farbenspektrums. In diesen Schemata lassen sich auch wirtschaftspolitische Auseinandersetzungen noch immer am leichtesten inszenieren und kommentieren, und als Bürger kann man sich hierin noch immer auf die denkbar einfachste Weise positionieren. Dies verführt dazu, auch in Sachen wirtschaftlicher Krisenprävention doch wieder auf Parteien und Politiker zu setzen, deren fachliches Versagen eigentlich offenkundig geworden ist.

Wenn konkrete Alternativen erkennbar wären, würde vorurteilsloses politisches Denken anderes nahelegen. Ein naheliegender Gedanke wäre dann, die Zuständigkeit für wirtschaftliche Krisenprävention dem hieran gescheiterten politischen System, den etablierten politischen Parteien und staatlichen Entscheidungsinstanzen also, zu entwenden und hierfür neue Zuständigkeiten zu schaffen. Damit könnte der Boden bereitet werden für neuartige Institutionen, die in Sachen Krisenprävention eine höhere Kompetenz erwarten lassen.

Solche neuen Institutionen könnten entstehen, wenn Staaten sich nach neokratischen Grundprinzipien weiterentwickeln. Damit Krisen einen wirklich grundlegenden politischen Wandel auslösen können, müsste daher erst einmal das Vorstellungsvermögen für Staatsorgane wachsen, bei denen die Krisenvorbeugung besser aufgehoben wäre als bei den bestehenden. Erst wenn dieser Bewusstseins Schritt vollzogen wäre, würde fundamentale Kritik nicht mehr zwangsläufig an den etablierten Staatsorganen und Parteien abprallen. Dann

könnte bei den Bürgern sogar der Wille wachsen, solche neuartigen, höhere Kompetenz versprechenden Instanzen konkret zu fordern. Schon wenn sich dies nur entfernt abzeichnete, würden früher oder später auch politische Organisationen entstehen, die neokratische Institutionen schaffen, und Organisationen, die in neokratischen Institutionen politische Fachkompetenz entfalten wollen. Mit der Unterstützung solcher Organisationen wiederum würde politischer Protest in höchstem Maße konkret werden.

Organisationen, die den Bürgern neokratische Perspektiven eröffnen, gibt es nicht und wird es auch in nächster Zukunft nicht geben. Immerhin vorstellbar ist aber, dass sich irgendwann neokratisch inspirierte Schattenorganisationen bilden, die auf einem Fachgebiet wie der wirtschaftlichen Krisenprävention praktische Politik gewissermaßen im Trockenlauf simulieren. Damit könnte auf lange Sicht der Nachweis erbracht werden, dass spezialisierte und unabhängige, also neokratische Entscheidungsinstanzen in der Tat politisch kompetenter wären als herkömmliche Parteien und von Parteien beherrschte Staatsorgane. Wenn dann solche Trockenläufe irgendwann die Aufmerksamkeit von Medien fänden, könnte dies der Anfang eines konstruktiven Umbaus von Staatsgebilden werden.

Die gegenwärtige Krise eröffnet vorerst keine solchen Perspektiven. Dennoch wächst die Bereitschaft, den Blick auch auf ganz Neues zu richten, am ehesten noch in Krisen. Solche Bereitschaft könnte zumindest aus der Einsicht erwachsen, dass die Krise kein unabwendbares Naturereignis ist, keine unabwendbare Folge menschlicher Gier

---

und Maßlosigkeit beispielsweise, sondern schlicht die Folge von Politikversagen. Daraus ergäbe sich der politische Anspruch, dass es künftig auch ohne große Krisen zu gehen habe und neu geschaffene Institutionen eben hierfür zu sorgen hätten.

Vorerst steht dem sicher die festgefügte Gewohnheit entgegen, politische An-

sprüche an dem zu orientierten, was war. Ganz anders wäre es aber, wenn zum Maßstab genommen würde, was sein könnte.

06 – 2009

[www.reformforum-neopolis.de](http://www.reformforum-neopolis.de)

Weitere Beiträge zur Finanzmarktkrise in [www.reformforum-neopolis.de](http://www.reformforum-neopolis.de) u.a.:

- Wirtschaftskrise und das Elend der Ökonomie
- Auch in der Wirtschaft: Überforderung als Systemfehler
- Die Rhetorik der Krise – wie alle wieder Recht behalten
- Finanzmarktkrise – Ausweg Inflation?
- Finanzmarktkrise – die Konzeptionsfehler der Geldpolitik
- Finanzmarktkrise – die Konstruktionsfehler des Bankensystems
- Finanzmarktkrise – theoretische Grundlagen
- Finanzmarktkrise und Wirtschaftszyklus – die Kurzanalyse
- Finanzmarktkrise – die Gesamtanalyse
- Finanzmarktkrise und Beschäftigung
- Staatsfinanzen und Neokratie